

Inhalt

I. Der Anspruch auf Gewährung einer Amtszulage	1
1. Problemaufriss	1
2. Statusrechtlicher Aspekt	1
3. Anspruch auf Gewährung der Amtszulage	2
4. Fazit	3
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamten-Blog	3

1. Der Anspruch auf Gewährung einer Amtszulage

Markus Pferinger

*Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach*

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Problematik der Gewährung einer Amtszulage. Die Thematik wird anhand des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.4.2007 (Az: 2 B 25/07) und unter Bezugnahme auf die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Lüneburg vom 1.3.2005 (Az: 1 A 132/03), des Verwaltungsgerichts München vom 13.10.1998 (Az: M 5 K 97.3489) und des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 12.7.1972 (Az: VI C 11.70) veranschaulicht. Hierbei wird insbesondere auf den Begriff des Amtes im statusrechtlichen Sinn eingegangen.

1. Problemaufriss

Sowohl die landesrechtlichen als auch die bundesrechtlichen Besoldungsvorschriften beinhalten des Öfteren die Gewährung von Amtszulagen.

Die entsprechenden Regelungen machen die Gewährung der Amtszulage regelmäßig vom Vorliegen bestimmter Voraussetzungen abhängig. Beispielhaft sei hier genannt, dass das Amt der Konrektorin neben der Besoldung nach den Besoldungsordnungen auch die Gewährung einer Amtszulage vorsieht. Voraussetzung für die Gewährung der Amtszulage ist, dass die Schülerzahl an der jeweiligen Schule einen bestimmten Schwellenwert übersteigt. Für den betroffenen Beamten stellt sich die Frage, ob er mit Erreichen dieses Schwellenwertes einen Anspruch auf Gewährung der Zulage hat und gegebenenfalls auf dem Verwaltungsgerichtsweg die Auszahlung der Zulage einfordern kann.

Zudem ist zu klären, ob die Gewährung der Amtszulage eines förmlichen Ernennungsaktes bedarf.

2. Statusrechtlicher Aspekt

Vorab ist festzuhalten, dass die Amtszulage als Bestandteil des Grundgehalts gilt, so zu finden in § 42 Abs. 2 Satz 2 BBesG. Mit der Gewährung der Zulage erhält der Beamte daher ein gegenüber seiner bisherigen Besoldung erhöhtes Grundgehalt. Statusrechtlich gesehen handelt es sich daher bei Ämtern gleicher Besoldungsgruppe mit und ohne Amtszulage um zwei verschiedene Ämter.

Zwar ist eine förmliche Ernennung, wie z. B. bei der Verleihung einer neuen Amtsbezeichnung, nicht erforderlich, jedoch bedarf es zumindest eines ernennungsähnlichen Verwaltungsaktes.

Der Dienstherr muss also in einer der Ernennung ähnlichen Form gegenüber dem Beamten die Gewährung der Amtszulage kommuniziert haben. Die bloße Übertragung des Amtes im konkretfunktionellen Sinne, also die Übertragung eines entsprechenden Dienstpostens, reicht hierfür nicht aus. Selbst wenn die dem haushälterischen Vollzug dienende

Einweisung in die entsprechende Planstelle erfolgte, ist von einem ernennungsähnlichen Verwaltungsakt ebenso wenig auszugehen, so das Bundesverwaltungsgericht in seinem Beschluss vom 16.4.2007 (Az: 2 B 25/07).

Da die Amtszulage im Unterschied zu sonstigen Zulagen ausdrücklich dem Grundgehalt gleichgestellt ist, sodass auch die Vorschriften über das Grundgehalt anzuwenden sind, erhält der Amtszulageberechtigte auf diese Weise eine feste Rechtsposition.

Da das Amt im statusrechtlichen Sinn zum einen durch die Amtsbezeichnung und zum anderen durch die gewährte Besoldung charakterisiert ist, liegen – wie bereits angesprochen – zwei unterschiedliche Ämter im statusrechtlichen Sinne vor. Es werden daher durch Amtszulagen zusätzliche (herausgehobene) Zwischenämter zu den den jeweiligen Besoldungsgruppen zugeordneten Ämtern geschaffen, so auch Urteil des VG München vom 13.10.1998 (Az: M 5 K 97.3489).

3. Anspruch auf Gewährung der Amtszulage?

Immer wieder wird in der Praxis die Frage diskutiert, ob und wenn ja, wann der jeweilige Beamte einen Anspruch auf Verleihung eines entsprechenden Status mit die Folge der Gewährung der Amtszulage erhält.

Nach den landes- und bundesrechtlichen Vorschriften entsteht der Anspruch auf Besoldung mit Ernennung, so z. B. gemäß § 3 Abs. 1 BBesG. Im Gegensatz zur Besoldung nach Funktionsmerkmalen verfolgt das Besoldungsrecht daher das Konzept der amtsbezogenen Besoldung.

Bereits oben ist zur Sprache gekommen, dass die Gewährung der Amtszulage von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig gemacht wird. Meist hat der Gesetzgeber dem Dienstherrn hinsichtlich des Bewertungsmaßstabs für die Gewährung der Amtszulage einen Katalog an Kriterien an die Hand gegeben. Dies ist meist dadurch ersichtlich, dass die möglichen Voraussetzungen für die Gewährung der Amtszulage nicht abschließend aufgezählt sind, sondern anhand eines offenen Kataloges, welcher dadurch kenntlich gemacht wurde, dass vor Nennung der Kriterien das Wort „insbesondere“ eingefügt wurde.

Somit steht dem Dienstherrn – wie auch bei Beförderungen – ein gewisser Spielraum zu. Einen Rechtsanspruch auf eine Beförderung oder eine ihr gleichgestellte Maßnahme besteht mithin nicht.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass dem Dienstherrn bei der Beförderung oder bei beförderungähnlichen Maßnahmen ein endloser Spielraum zusteht. Der Dienstherr ist in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht auch dazu angehalten, dem Beamten für die Ausübung der jeweiligen Funktion eine entsprechende Alimentation zukommen zu lassen. Dieser Konflikt wurde von der Rechtsprechung dahingehend gelöst, dass es als nicht fürsorgepflichtwidrig angesehen



Produkttip

Baßlisperger

Einführung in das neue Beamtenrecht

Mit den Neuregelungen durch das Beamtenstatusgesetz sicher umgehen



1. Auflage 2009
ISBN 978-3-8073-0125-9
€ 39,90

[\[Mehr Info\]](#)

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, die die Umsetzung in die Praxis erschweren. Diese Einführung dient als Leitfaden und Nachschlagewerk für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. Praktische Beispiele zu Bayern, das als erstes Land ein neues LBG erlassen hat, weisen den Weg in die beamtenrechtliche Praxis der Länder. Die Einführung ist jedoch auch für die Anwender in allen anderen Bundesländer von Interesse. Didaktisch aufbereitet, erleichtert sie den Einstieg in die Rechtslage nach Inkrafttreten des Beamtenstatusgesetzes. Grafiken und Übersichten dienen dazu, Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen. Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind grafisch hervorgehoben. Beispielfälle, Musterschreiben und Schaubilder runden die Informationen ab.

wurde und daher dem Beamten zuzumuten ist, für eine „gewisse Zeit“ überwertige Funktionen wahrzunehmen, ohne eine entsprechende Alimentation zu erhalten.

Mithin kann eine die Fürsorgepflicht verletzende Handhabung durch den Dienstherrn grundsätzlich erst dann angenommen werden, wenn die funktionsgerechte Besoldung länger als fünf Jahre unterbleibt.

4. Fazit

Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass der Beamte, der bereits eine Funktion über seinem Amt ausübt und alleine die Tatbestandsvoraussetzungen der die Amtszulage gewährenden Norm erfüllt, dennoch keinen Anspruch auf Auszahlung der Amtszulage hat, solange ihm nicht in Form eines ernennungsähnlichen Verwaltungsaktes diese Amtszulage auch zugesprochen wurde.

In der Praxis wird dennoch oft durch Aushändigung einer Urkunde, welche neben der Amtsbezeichnung den Zusatz „mit Amtszulage“ führt, verliehen.

Fürsorgepflichtwidrig handelt der Dienstherr erst dann, wenn er nach mehr als fünf Jahren überfunktionsmäßiger Dienstaussübung die Gewährung der Amtszulage nicht erteilt.

Um eine rechtsmittelfähige Entscheidung zu erlangen, muss der Beamte einen Antrag auf Gewährung und Auszahlung der begehrten Amtszulage beim Dienstherrn stellen. Bei gegebenenfalls ablehnendem Bescheid kann darauf der Verwaltungsweg beschritten werden.

*Markus Pferinger
Rechtsanwalt*

II. Neues auf Rehmnetz

- News: [Praxisseminar zur Korruptionsbekämpfung](#)
- Gesetzgebung: [Bundeswehr-Reformbegleitgesetz](#)
- Highlight: [Das neue Dienstrecht in Bayern](#)

III. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf Rehmnetz zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

- [Verwaltungsinterne Ausbildung](#)
- [10 Jahre: Stoibers „Flughafenrede“](#)
- [Höherer Dienst oder vierte Qualifikationsebene?](#)



Produkttip

Roetteken/Rothländer
Beamtenstatusgesetz
Kommentar



Loseblattwerk in 2 Ordnern
€ 149,95 zzgl. Aktualisierung
€ 239,95 ohne Aktualisierung
ISBN 978-3-7685-0953-4

[\[Mehr Info\]](#)

Das Beamtenstatusgesetz legt die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen. Das Loseblattwerk kommentiert ausführlich die einzelnen bundeseinheitlichen Vorschriften



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit **Dr. Maximilian Baßlsperger**. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Weiß, Niedermaier †, Summer u. a.
Beamtenrecht in Bayern
 Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und
 Vollzugsvorschriften.
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0005-4
 € 219,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
 v. Roetteken, Rothländer (Hrsg.),
 Burkholz u. a.
Beamtenstatusgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-0953-4
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Baßlspurger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
 Mit den Neuregelungen durch das
 Beamtenstatusgesetz sicher umgehen
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0125-9
 € 39,90

Expl. _____
Internetausgabe
 ISBN 978-3-8073-0128-0
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 24,50
 Mit zusätzlichen Vertiefungen, Arbeitshilfen
 und aktualisiertem Text.



Expl. _____
 Auerbach
Das neue Bundesbeamtengesetz
 Synopse mit Kurzerläuterungen
 zu den Änderungen im BBG
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0111-2
 € 29,90



**Picken Sie sich
das Beste heraus!**

Wichtige Informationen
zum Themenkomplex
Beamtenrecht finden Sie auf
unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. _____
 Schütz †, Maiwald, Brockhaus u. a.
Beamtenrecht des Bundes und der Länder - Gesamtausgabe
 dargestellt anhand des BeamtStG,
 des LBG NRW und des BeamtVG,
 einschließlich Vorschriften- und
 Entscheidungssammlung
 Loseblattwerk in 15 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5470-1
 € 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Kathke, Pfeffer, Speckbacher
Beamtenrecht
 Checklisten, Muster
 Loseblattwerk im Ordner
 ISBN 978-3-7685-8360-2
 € 119,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot
zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 516097

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH,
 Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im
 Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt
 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich
 von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne
 weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versie-
 geltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an
 die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

**Aktualisierungsservice für Loseblattwerke
und Software.**

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres
 Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechts-
 änderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine
 Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist
 jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt
 auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur voll-
 ständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an
 den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die
 Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen
 vorbehalten.

Stand Januar 2012